

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	17
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	1015/2023
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	23.01.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	die Herren Kegel, Dr. Oediger (beide ASW)		
Protokollführung:	Frau Herud / fr		
Betreff:	Abschlussbericht "Die klimaneutrale Stadt Stuttgart gestalten. Wie leistet die Stadtentwicklungsplanung einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz?"		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 19.01.2024, öffentlich, Nr. 3
Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 08.01.2024, GRDRs 1015/2023.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Eingangs erläutert Herr Dr. Oediger (ASW) zunächst die Gründe für diesen erneuten Bericht zum Thema "klimaneutrale Stadt". Das Amt für Stadtplanung und Wohnen (ASW) habe von einer Bürogemeinschaft (Transsolar Energietechnik GmbH, Urban Catalyst GmbH und Mobility in Chain) untersuchen lassen, wie der Beitrag der Stadtplaner für das Erreichen einer klimaneutralen Stadt auszusehen habe. ASW sei im intensiven Tun für die Stadtentwicklungsperspektive und auch dort habe die klimaneutrale Stadt eine große Bedeutung. Damit dieses wichtige, aber nicht einfach zu fassende Thema nicht untergehe, müsse man sich im Vorfeld dieses Prozesses intensiv damit beschäftigen.

In der Vorbereitung der Stadtentwicklungsperspektive sei rasch klar geworden, dass die Themen Klimaneutralität bzw. die Auswirkungen des Klimawandels wichtig seien, so Herr Kegel (ASW). Es stelle sich die Frage, was davon im Leitbild der europäischen Stadt stecke, sprich, was könnten kurze Wege, Nutzungsmischung etc. leisten. Aus diesem Grund habe man sich Unterstützung von einer Bürogemeinschaft gesucht. Im Folgenden berichtet Herr Kegel im Sinne der Präsentation (Folien 4 - 12).

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen danken für die Zusammenfassung der Vorlage.

Man sei bereits seit Längerem daran, die Stadt umzubauen, so StRin Schiener (90/GRÜNE). Bisher habe es gesellschaftliche Belange betroffen, wie beispielsweise die Funktionentrennung in der Charta von Athen. Mit der Neuen Charta von Leipzig und dem Klimawandel müsse der Fokus ganz entscheidend auf die klimatischen Bedingungen gelenkt werden. In einem Artikel mit dem Titel "Trotz spektakulärer Flutbilder - Forscher hält Hitzefolgen für größer" heiße es, die Stadt müsse während einer Hitzeperiode öffentliche Gebäude bereitstellen, in denen sich die Bevölkerung abkühlen und Wasser trinken könne. Auch sie stelle sich die Frage, wie in der Stadtplanung damit umzugehen sei. Gesetzlich, auf Bundesebene, müsse man die Funktionentrennung stärker aufheben, wie bereits mit den urbanen Gebieten geschehen, um die in der Präsentation erläuterten Ziele zu erreichen. Zukunft gehe nur durch Klimaschutz, und welche Folgen Nichthandeln nach sich ziehe, sei in der Drucksache deutlich geäußert worden. Die Klimakrise sei auch ein Energieproblem, welches man mit der Wärmeplanung angegangen sei. Hier müsse mit vereinten Kräften vorangeschritten und auf allen Ebenen zusammengearbeitet werden, auch in Sachen Windkraftstandorte in Stuttgart. Die Herausforderung liege in den Flächenkonkurrenzen und hierbei müsse der Rat für ein gemeinsames Ziel besser zusammenarbeiten, auch wenn es Opfer verlangen würde. Es seien räumliche und thematische Handlungsfelder, und die dazu erfolgte Priorisierung müsse man nun genauer betrachten.

Das Rosenstein-Quartier sei vielversprechend geplant, so die Stadträtin weiter, aber es sei eine Neuplanung und noch würden dort die Gleise verlaufen. Daher müsse der Fokus unbedingt auf den bebauten Bereich gelenkt werden, wie beispielsweise das Kodak-Areal in Wangen. Als weiteres Beispiel führt die Stadträtin die ehemalige Daimler-Zentrale an, deren riesiger Parkplatz ungenutzt sei. Hier müsse mit dem Eigentümer darüber verhandelt werden, wie die Fläche einer anderen Nutzung zugeführt werden könne - z. B. für die Einrichtung von PV (Photovoltaik)-Feldern. Es gebe vielfältige Möglichkeiten, aber man müsse sie zusammen angehen, nach Lösungen suchen und sie nicht schlecht reden. Bestes Negativ-Beispiel sei hierzu die Diskussion über die Windkraftstandorte gewesen.

Vieles in der Vorlage sei richtig und wichtig, was zukünftig berücksichtigt werden müsse, so StR Dr. Vetter (CDU), aber vieles ließe sich noch an der Umsetzung vermissen. Aktuell würden täglich 340.000 Einpendler in die Stadt fahren. Würden sie hier wohnen, müssten sie nicht einpendeln, würden weniger Energie verbrauchen und weniger CO₂-Emissionen verursachen. Eine Nutzungsnachverdichtung, beispielsweise über die Aufstockung von mehreren Geschossen, Sorge dafür, dass auch mehr Menschen dort wohnen könnten. Hier müsse ein Abwägungsprozess durchlaufen werden. Es stelle sich die Frage, ob die Flächen in der Stadt nachverdichtet und dadurch Freiflächen in der Umgebung geschont würden, oder stattdessen die vielen Einpendler weiterhin in Kauf genommen würden. Sicherlich könne dafür gesorgt werden, dass Gewerbe, Han-

del und Dienstleistung und insbesondere die Industrie für die CO₂-Ersparnis von ca. 50 % der Energieverbräuche verantwortlich seien. Ein Abwürgen der Industrie wäre die Folge, aber der Stadtrat erfragt weiterhin, woher man dann die 1,5 Mrd. Euro Gewerbesteuerereinnahmen nehme. Positiv bewertet er den städtischen Ansatz des Urban Sandwich, denn in der Tat müssten Parkplätze mehrfach und nicht nur für Autos genutzt werden. Allerdings müsse man in die Umsetzung kommen, auch in Bezug auf Wangen. Dort würden Diskussionen aufgrund der Dichte geführt, die dort erfolgen solle. Aber diese Dichte müsse akzeptiert werden, "wenn man in einer Landeshauptstadt wohnt." Wer solche Ideen umsetzen wolle, müsse auch die Bereitschaft haben, Spielräume zu nutzen, zu interpretieren und vielleicht auch das Recht bis zur Grenze zu dehnen, damit es funktioniere. Auch der Ansatz der Anbindung an den schienengebundenen Nahverkehr sowie eine Nachverdichtung bereits vorhandener Strecken sei seiner Meinung nach sinnvoll. In einem Punkt pflichtet der Stadtrat seiner Vorrednerin bei, nämlich in Bezug auf das gemeinsame Vorgehen zum Erreichen der Klimaneutralität. Tatsächlich müsse noch einmal eine Diskussion darüber geführt werden, wie weit die Strategie vorangeschritten, und wie realistisch das Erreichen der Klimaneutralität bis 2035 sei. Wenn die Verwaltung schon nicht daran glaube, sie erreichen zu können, die Politik diese aber fordere, werde nichts erreicht.

In der Studie seien wichtige Aspekte noch einmal sehr gut und plakativ zusammengefasst worden, so StRin Schanbacher (SPD). Zur Klimaneutralität gebe es keine Alternative, daher müsse diese Teil der Stadtentwicklungsperspektive sein. Ebenso müsse die Bevölkerung mitgenommen werden auf diesem Weg, sie müsse ernst genommen werden und ihre Teilhabe daran verdeutlicht bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse allerdings detailliert an Strukturen und Abläufen gearbeitet, müssen Verfahren verkürzt und müsse ganz allgemein Bürokratie abgebaut werden. Auch in Bezug auf die Arbeit des Gemeinderats mahnt die Stadträtin effektiveres Beraten und Handeln an, um die große Perspektive der Klimaneutralität Stuttgarts bis 2035 nicht aus dem Blick zu verlieren. In Stuttgart herrsche ganz klar ein Umsetzungsproblem. Die Studie zeige auf, selbst wenn alle Dächer der Stadt mit PV-Anlagen ausgestattet wären, würde der Ertrag nur 40 % des Energiebedarfs der Stadt decken. Dies verdeutliche, dass alternative Energiekonzepte vonnöten seien, z. B. durch die Inbetriebnahme von Windrädern. Daraus leitet die Stadträtin drei Folgerungen ab: 1. Die soziale Komponente fehle, denn multiple Risiken (hohe CO₂-Belastung und Hitze-Hotspots) würden immer die sozial Schwachen treffen, die damit noch weiter benachteiligt würden. 2. Wenn die Stadtverwaltung und Teile des Gemeinderats selbst nicht daran glaubten, dass das Ziel erreicht werden könne, werde es auch nicht erreicht. Bei Planungen müssten von Anfang an bestimmte Aspekte mitgedacht werden, wie z. B. kurze Wege, das Stapeln, oder den öffentlichen Raum klimaangepasst zu entwickeln. 3. Der Fall in der Hasenbergstraße 41 verdeutliche anschaulich die Hemmnisse. Obwohl der Bauherr auf Grundlage des Förderprogrammes "Urbanes Grün" eine grüne Fassade umsetzen möchte, sei sie am Ende doch nicht genehmigt worden. Auch wenn es Bedenken gebe, sollten doch entsprechende Prioritäten gesetzt werden, so die Stadträtin.

Auch für StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) lässt die Bestandsaufnahme nur die Schlussfolgerung zu, dass das Klimaneutralitätsziel so nicht erreicht wird. Alle müssten sich aus der Komfortzone bewegen und Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung müssten effizienter werden. Er hoffe auf die Diskussion, wie der Klimafahrplan mit einer Umsetzungsorganisation unterlegt, und welche Maßnahmen und innovativen Ideen angedacht werden könnten. Das Ziel gerade jetzt infrage zu stellen, erachte er als falsch. Hier habe die Stadtentwicklung die

Chance, bei einer systematischen und gleichzeitigen Bearbeitung von Herausforderungen die Stadt für alle zu einer besseren und lebenswerteren zu verändern. Zum Beispiel sollte beim Verlegen von Fernwärmenetzen unter die Straßen bei der Planung parallel dazu mitbedacht werden, wie der Raum danach schöner und attraktiver gestaltet werden könne. Aufgabe des Gemeinderates sei es nun, die Ressourcen dafür zu schaffen und eine Organisationstruktur zu etablieren. Des Weiteren weist er den Vorwurf gegenüber seiner Fraktionsgemeinschaft zurück, sie würde alles schlecht reden, da ihrer Meinung nach zu wenig passiere. Ihnen gehe es eher darum, für die Probleme adäquate Maßnahmen zu treffen und die nötigen Ressourcen zu schaffen. All dies müsse mit Begeisterung und Ernsthaftigkeit angegangen werden.

StRin Köngeter (PULS) greift zwei Aspekte der Studie auf, die ihrer Meinung nach parallel betrachtet werden sollten; die klimaneutrale Stadt habe es eilig und es brauche eine ganzheitliche Strategie. Andererseits sei man so spät dran, dass gleichzeitig mit der Umsetzung begonnen werden müsste. An vielen Stellen werde bereits gearbeitet, aber die Frage sei, wie man diese Lösungen an einzelnen Punkten in der Stadt in die Fläche bringe. Darüber hinaus stellt sie die Frage, wie die Bevölkerung besser miteinbezogen werden könnte. Es würde zum Beispiel bereits helfen, wenn jeder, der für eine stark aufgeheizte Fläche in der Stadt zuständig sei, diese mit einer temporären Begrünung versehe. Zwar gebe es gewisse Förderprogramme (z. B. zum Umbau von Wohnraum), aber sie erfragt, wie Infos darüber noch besser an die Bevölkerung herangetragen werden könnten (eventuell Postweg). Des Weiteren greift die Stadträtin den bereits von StR Rockenbauch angesprochenen Punkt der Synergieeffekte auf und stellt die Frage, welche Strukturen innerhalb der Verwaltung geschaffen werden müssten, um ämterübergreifend diese Effekte zu nutzen und so dem Ziel der Klimaneutralität näher zu kommen. Ein weiteres wichtiges Thema sei ihrer Meinung nach der Erhalt der grauen Energie, wobei die Stadt hierbei keine rechtliche Handhabe besitze. Die Erkenntnis darüber, dass es besser sei, sie zu erhalten und zu transformieren, sei allgemein vorhanden, aber es gebe zahlreiche prominente Stellen, wie beispielsweise die Sportarena oder den Kaufhof in Bad Cannstatt, an denen das Fehlen einer rechtlichen Handhabe deutlich wurde und ein Abriss nicht verhindert werden konnte. In diesem Zusammenhang erfragt die Stadträtin, mit welchen Mitteln man auf die jeweiligen Entscheidungsträger entsprechenden Druck ausüben könne, damit es zu einer rechtlichen Handhabe gegen einen Abbruch komme. Als Nächstes nimmt sie Bezug auf die Aussage von StR Dr. Vetter (CDU), man würde die Industrie "abwürgen", sollte man sie bezüglich der Energieersparnis in Verantwortung nehmen. Aus ihrer Sicht müsse die Gesellschaft einen völlig neuen Lebenswandel einschlagen, der zwar für viele unbequem sei, aber zu neuen vernünftigen Lösungen führe, die sicherlich auch postwachstumsökonomisch seien. Sie könne nicht verstehen, warum am ständigen Wachstum festgehalten werde. Die Erde habe Grenzen und es gebe Punkte, an denen diese Grenze bereits überschritten werde. Ihrer Meinung nach könne die Stadtbevölkerung viel mehr fürs Klima beitragen, als z. B. die Bevölkerung auf dem Land. Hier nennt sie die Beispiele, mehr ÖPNV zu nutzen oder kurze Wege zu gehen. Die Stadt könne im Gegensatz zum Land viel mehr in Sachen Verkehrswende leisten.

Klimaschutz habe Priorität in Stuttgart, und gerade in Sachen Stadtentwicklung müssten die Prozesse beschleunigt werden, aber es fehle an Personal und Geld, hält StR Serwani (FDP) fest. Von der Beratung über die Beschlussfassung bis hin zur Umsetzung verstreiche in vielen Fällen zu viel Zeit. Die vorhandenen Flächen müssten nachverdichtet werden, dann bedürfe es auch keiner weiteren versiegelten Flächen auf den Fildern. Wolle man eine Stadt der kürzeren Wege, müsse auch das ÖPNV-Netz

noch besser ausgebaut werden (Richtung Wangen, Münster, Stammheim, Birkach, Plieningen). Die unterschiedlichen Förderprogramme sollten in der Tat verständlich und in einfacher Form bereitgestellt werden. Hierzu entgegnet BM Pätzold, dass alle Förderprogramme im Internet auf der Seite der Stadt Stuttgart mit Links zu den Ansprechpartnern aufgelistet seien. Allerdings sei die Liste noch nicht an die Haushaltsbeschlüsse angepasst.

Windkraft sei wichtig, aber Windräder würden da Sinn machen, wo Wind vorherrsche, so StR Serwani weiter. Das Ziel, welches alle Stadträte eine, sei der Wille, die Lebensqualität aller Einwohner der Stadt zu verbessern. Darüber, wie dies gelingen könne, herrsche allerdings Uneinigkeit. Mit dem Bericht sei er sehr zufrieden, nur einige Punkte, wie den Wegfall von 5 % der Parkflächen pro Jahr, könne er nicht mittragen.

StR Schrade (FW) zitiert aus dem in der Studie formulierten Leitbild und erklärt, er habe anhand der aufgeführten Interviews den Eindruck, dass innerhalb der Stadtverwaltung und den Ämtern nicht immer Einigkeit darüber herrsche, wie in dieser Angelegenheit gut zusammengearbeitet werden könne. Auch die Bevölkerung spiele eine wichtige Rolle, da man bei ihr zum Beispiel beim Thema Nachverdichtung sicher auch auf Gegenwehr stoße und sich auf Diskussionen einstellen müsse. Dies gelte auch für die Themen Mobilität und Gestaltung der Stadt im Wohnumfeld. Hinsichtlich des Stichworts Multicodierung ist der Stadtrat der Meinung, dass die Stadt noch viel mehr tun könne. Zum Beispiel könnten die Mensen an Schulen mehrfach, auch als Bürgersaal, genutzt werden. Hier müsse an den Standards gearbeitet werden, wenn man vorankommen wolle. Des Weiteren erachte er es als sinnvoll, die EnBW mehr einzubinden und an der ein oder anderen Stelle ein Nahwärmenetz umsetzen zu lassen, sodass die Stadtwerke entlastet würden. Eine Offenheit aller Akteure in diesem Zusammenhang könne zu einem besseren Vorankommen beitragen. In Bezug auf die Mobilität möchte er zu bedenken geben, dass der Aspekt der kurzen Wege nur in der Theorie gut klinge, denn die Lebensrealität sei eine andere. Nicht ohne Grund mache der Freizeitverkehr 40 % am MIV aus, und das werde sich auch nicht ändern. Dennoch erachte er das Leitbild bzw. die Zielformulierung als richtig und befürworte diese.

StR Dr. Mayer (AfD) kritisiert, die Grundannahme seien die Prämissen. Zum einen sei es eine unbewiesene Hypothese, dass die Veränderung der globalen Durchschnittstemperatur allein und maßgeblich durch das CO₂ verursacht und damit menschengemacht sei. Zum anderen stelle er die Annahme infrage, die Landeshauptstadt Stuttgart könne einen wesentlichen Beitrag zur Veränderung dieser Situation leisten. Aufgrund dieser unbewiesenen Annahmen sollte nicht auf das Leben der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger eingewirkt werden. Vielmehr sollte danach geschaut werden, was die Bevölkerung brauche und wolle. Daran könne man sich orientieren, auch in Bezug auf die Ideen des Berichts. Er nehme diese Mitteilungsvorlage zur Kenntnis, stimme allerdings nicht allem zu.

Aufgabe der Politik sei es, die Menschen zu sehen und abzuwägen, was zumutbar sei, so StR Kotz (CDU) in Bezug auf den Wortbeitrag von StRin Köngeter. So sei es während der Corona-Zeit gewesen, als die Wissenschaft Empfehlungen abgegeben habe, und so ähnlich sei es jetzt auch in Sachen Klima. Es sei nicht die Verleugnung der Wissenschaft, sondern vielmehr die Einschätzung, wie gehe Politik mit wissenschaftlichen Ergebnissen um und welchen Weg erachte sie als den richtigen, um die Menschen in dieser Stadt auf diesem Weg möglichst gut voranzubringen. Hier könne man über Parteien hinweg unterschiedlicher Meinung sein.

Der Abwägungsprozess könne nicht beliebig sein, entgegnet StR Rockenbauch, sondern er müsse am Ende auf das gemeinsam beschlossene Ziel einzahlen. Es könne nicht auf beliebige Maßnahmen verzichtet werden, ansonsten müsse man sie mit einer Ersatzmaßnahme kompensieren, um wieder auf das Gesamtziel einzuzahlen. Es lägen enorme Potenziale in der Stadtentwicklung, das Leben von allen zu verbessern, wenn es mehr Abkühlung, mehr saubere Luft und weniger Lärm gebe. Den Nutzen der lebenswerteren Stadt müssten die Menschen nicht an einzelnen Pilotprojekten, sondern im gesamten System spüren. Eine Einzelmaßnahme könne quälend sein, z. B. 400 m Radweg, aber ein Radverkehrssystem bringe Sicherheit und verändere Verkehrsverhalten. An die Veränderungen müsse großzügig und mutig herangegangen werden; Barcelona, Wien, Kopenhagen oder Paris seien die besten Beispiele dafür. Die Veränderung dort werde gelebt und es funktioniere. Sicherlich sei es eine Übertragungsleistung, die Erfahrungen von dort auf Stuttgart anzupassen, aber dass sie funktionierten, sei empirisch belegt. Auch die soziale Komponente sei wichtig, gerade bei den Themen Wärmewende und Verkehrspreise. Neben der lebenswerteren Stadt sei eine weitere wichtige Kompensationsmaßnahme, dass bestimmte Teilhabe garantiert werde, beim Nahverkehr, bei Eintrittspreisen und bei der Daseinsvorsorge. All das habe man in der Hand, bis hin zur Mietpolitik, und hier fordere er mehr Mut von den konservativen Parteien, den Menschen etwas zurückzugeben.

StRin Königeter greift den von StR Kotz geäußerten Aspekt der Zumutbarkeit auf. Sie verstehe z. B. nicht, warum es unzumutbar sei, dass das eigene Auto nicht vor der eigenen Haustüre stehen dürfe, aber es zumutbar sei, eine ÖPNV-Haltestelle weiter entfernt zu haben. Sie erfragt, welche Veränderung am Mobilitätsverhalten sich möglicherweise ergeben würde, sollte das Auto genauso weit entfernt wie die Haltestelle sein. Bei Zumutbarkeit gehe es oftmals um sehr kleine Themen, die aber auf die ganze Stadt ausgeweitet einen großen Effekt für die Gesamtgesellschaft hätten. Bezugnehmend auf die Aussage von StR Serwani, ob man den Menschen zumuten könne, auf 40 m² pro Person zu leben, entgegnet sie, es gebe Haushalte in Stuttgart, in denen 1 - 2 Personen auf 300 m² leben würden. Darüber müsse ihrer Meinung nach einmal diskutiert werden. Sie erfragt, warum Ein-Personen-Haushalte, die auf viel zu großem Raum leben würden und damit oftmals überfordert seien, nicht aktiver angeboten bekommen, diesen Wohnraum zu verkleinern. Beim Thema Politik gehe es nach ihrem Empfinden auch um die Abwägung, wie viele Menschen von einer Umsetzung profitieren könnten, und wie vielen damit geschadet werde. Bezüglich der Äußerung von StR Dr. Vetter, man würde die Industrie abwürgen, entgegnet StRin Königeter, wenn die Firmen Porsche und Daimler ihren Mitarbeitenden jedes Jahr hohe Prämien auszahlen könnten, dann glaube sie nicht an ein Abwandern dieser Firmen, nur, weil man sie dazu bringe, eine PV-Anlage auf ihrem Dach zu installieren.

Man verfolge das gleiche Gesamtziel, so StR Kotz, aber die vorgeschlagenen Maßnahmen seien differenziert. Schließlich gebe es Mehrheiten dafür oder dagegen. Es sei auch ein Abwägungsprozess, ob man das Ziel vielleicht zwei Jahre später erreiche, aber dafür mehr Menschen auf dem Weg dahin mitnehme. Er verstehe nicht ganz den Grund für diese Diskussionen und das ständige Kritisieren der Politik der CDU, schließlich habe das sozio-ökologische Lager die Mehrheit im Gemeinderat und könne seit Jahren ohne Probleme durchregieren. Um den Abwägungsprozess komme man seiner Meinung nach nicht herum. Die Menschen in Stuttgart hätten ihre Traditionen und Gewohnheiten, von denen sie sich schwer trennen würden. Sicherlich könne Stadtplanung noch besser werden und Quartiere mit einer besseren Durchmischung von kleinen und

großen Wohnungen planen. Angebote zur Wohnraumverkleinerung hätte es aber zahlreiche gegeben. Wahrscheinlich müsste noch größerer Druck oder gar Zwang ausgeübt werden, aber das wolle seine Fraktion nicht. Man könne nicht alles auf die Wissenschaft schieben, seine Partei mache Politik und nicht Wissenschaft.

StRin Schanbacher möchte die Diskussion noch einmal auf die Folgen (Folie 7 der Präsentation zur Vorlage) lenken, die sich einstellen würden, wenn nichts für die Klimaneutralität getan werde. Die Kosten für die Gesellschaft sowie für die Wirtschaft seien enorm bei Nichthandeln, und weniger die Stadtentwicklungsperspektive wäre der Untergang der Wirtschaft. Über die Maßnahmen könne man streiten, aber dies gehöre zu einer Basisdiskussion dazu. Es gebe viele Menschen in der Bevölkerung, die eine Veränderung wollen würden, aber nicht genau wüssten wie. Diese müsse man erreichen und mitnehmen.

Er plädiere allgemein für eine Diskussion, die alle weiterbringen und zu Entscheidungen führen würde, so StR Peterhoff (90/GRÜNE). In Bezug auf die Winddiskussion könne man seiner Meinung nach bei der CDU nicht von Abwägung sprechen, sondern vielmehr von Abwehr, obwohl hinlänglich bekannt sei, dass der Süden Deutschlands viel mehr in Sachen erneuerbarer Energie unternehmen müsse und jedes Windrad zähle. Zum Vergleich entspreche ein Windrad dem, was man innerhalb eines Jahres an PV in dieser Stadt ausbaue. Auf bundespolitischer Ebene sei bei vielem in den vergangenen Jahren die falsche Richtung eingeschlagen worden, gerade unter der CDU-regierten Bundespolitik, und dem Parteivorsitzenden der CDU falle gerade nichts Besseres ein, als die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Hauptfeind zu ernennen. Das sei der falsche Weg, vielmehr bedürfe es auch auf kommunaler Ebene einer CDU an der demokratischen Seite, um die aktuellen Probleme gemeinsam anzupacken.

Der Vorsitzende dankt für alle Wortmeldungen und lenkt die Diskussion noch einmal zurück auf die Vorlage. In der Tat sei Stadtentwicklung immer auch ein Stückweit Abwägungssache, auch bei Themen, die einander konträr gegenüberständen. Die Forderung nach einer ruhigeren Stadt, die besser für die Gesundheit sei, verstehe er, aber andererseits wolle man auch eine gemischte Stadt, in der abends Publikumsverkehr herrsche. Das Zusammenspiel von Wohnen, Gewerbe, Gastronomie und Kultur würde immer zu einem Abwägungsprozess führen, bei dem Kompromisse geschlossen werden müssten. Gemischte Stadt und ruhige Stadt widersprechen sich seiner Meinung nach. Stellung beziehend auf das Beispiel der Fassadenbegrünung betont er, dass begrünte Balkone beantragt wurden. Diese seien abgelehnt worden, da sie über den öffentlichen Raum ausgekragt seien und auf dem Gehweg hätten abgestützt werden müssen. Außerdem unterlägen Gehwege einer Mindestbreite von 2,50 m, woran sich die Verwaltung zu halten habe. Darüber hinaus sei die beantragte Fassade nach Nord-Ost ausgerichtet, die Süd-West-Fassade hätte durchaus mit dem Förderprogramm begrünt werden können. Dies hätte aber Eingriffe in den Hinterhof bedeutet. Gerade im öffentlichen Raum sei es oftmals nicht einfach, hier würden verschiedene Interessen aufeinandertreffen und man befinde sich stets in einem Spannungsfeld. Man wolle Abstellflächen für Fahrräder, Lastenräder, Ladesäulen, Bäume etc. Auch das Aufstellen von Pflanzkübeln und Bänken mache den Raum wieder kleiner. Es gebe nicht die ultimative Lösung für alle Probleme, vielmehr müsse stets abgewogen und müssten Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt werden. Ein anderes Thema seien die Dächer. Diese wolle man mit PV belegen, aber gleichzeitig sollten sie begrünt werden, damit sie Regenwasser zurückhalten können und kühler würden. An manchen Stellen müsse man Wärmepumpen aufstellen und man wolle Nutzungen aufs Dach bringen, wie Urban

Gardening und Kita-Außenspielfläche. Hier müsse eine gute Mischung gefunden werden; es könne nicht einem der Vorrang vor etwas Anderem eingeräumt werden.

Zum Schluss weist der Vorsitzende auf einen Fehler im Anhang hin. Darin stünde, dass alle Interviewpartner das Ziel infrage stellen würden. Dies stimme nicht, insbesondere für das Amt für Umweltschutz. Die Mitarbeitenden dort würden zwar die Herausforderungen sehen, aber nicht deren Unlösbarkeit.

Herr Dr. Oediger bedankt sich für die wertschätzenden Äußerungen und für die intensive Debatte. Auch er möchte sich zu dem Aspekt, die Stadtverwaltung selbst glaube nicht an das Ziel der Klimaneutralität, äußern. Sicherlich sei angesichts der Herausforderungen hier und da eine gewisse Skepsis erlaubt und angemessen. Im Wohnungsbau gebe es enorm wichtige Ziele und so wolle man in den nächsten elf Jahren 20.000 Wohnungen schaffen. Derartig ambitionierte Ziele seien wichtig und richtig, um eine Handlungsmaxime zu erhalten, auch wenn noch unklar sei, ob man sie erreiche oder gar übertreffe. Er könne versichern, keiner in der Verwaltung wolle ein "Abwürgen" der Industrie, Stuttgart sei eine Industriestadt und dies müsse sie auch weiterhin bleiben, trotz Umbau und Weiterentwicklung. Das Stichwort "mit weniger gut auskommen", welches StR Schrade ausgeführt habe, sei einer der relevanten Punkte für die Stadtentwicklungsplanung. Hier stelle sich wirklich die Frage, wie man zu Mehrfachnutzungen und Stapelung komme. Herr Dr. Oediger erfragt daraufhin, wie Verwaltung sowie Stadtplanung und Wohnen weiter vorgehen könnten. Die Diskussionen im Rahmen der Studie würden nun mit Kollegen und Kolleginnen der anderen Verwaltungsstellen weitergeführt. Dabei gehe es auch darum, wie die stadtplanerischen Prozesse noch mehr die Anforderungen der klimaneutralen Stadt berücksichtigen können, und wie in Zeiten des Umbaus der Energieversorgung auch Themen der Stadtentwicklung, der Stadtgestaltung und der Sozialverträglichkeit mitgedacht werden können, um zu Mehrwerten zu kommen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Herud / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand